

Allgemeine Geschäftsbedingungen zum Tagesspiegel Politikmonitoring

§ 1. Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen

1. Für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Verlag Der Tagesspiegel GmbH (nachfolgend „Verlag“ genannt) und dem Abonnenten des Politikmonitoring-Dienstes gelten, sofern keine abweichenden Vereinbarungen getroffen wurden, diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen in ihrer zum Zeitpunkt des Abschlusses des Politikmonitoring-Abonnements gültigen Fassung.
2. Widersprechende, abweichende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Abonnenten werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, der Verlag stimmt deren Geltung ausdrücklich zu. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten auch dann, wenn der Verlag in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen abweichenden Bedingungen des Abonnenten die Leistungen vorbehaltlos ausführt.
3. „Abonnent“ ist der im Nutzungsvertrag bezeichnete Vertragspartner des Verlags. Abonnent kann eine natürliche oder eine juristische Person sein.
4. „Berechtigter Nutzer“ ist eine natürliche Person, die nach Maßgabe des Abonnement-Vertrags zur Nutzung des Politikmonitoring-Dienstes berechtigt ist. Berechtigte Nutzer sind nur solche Personen, die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses entweder Gesellschafter des Kunden sind oder zu diesem in einem Dienst-, Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis stehen. Eine unmittelbare oder mittelbare Nutzung durch andere Personen ist nicht zulässig.

§ 2. Beschreibung des Dienstes

1. Das Tagesspiegel Politikmonitoring bündelt aus verschiedenen Politikfeldern die relevanten Informationen wöchentlich zu je einem digitalen Bericht pro Themenfeld (im Folgenden „TPM“ genannt), der seinen Abonnenten als PDF-Datei per Email zur Verfügung gestellt wird. Der Zugriff ist ausschließlich berechtigten Nutzern eines Politikmonitoring-Dienstes erlaubt und setzt den Abschluss eines Nutzervertrages für Abonnenten nach den hier vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen voraus.
2. Der Abruf der Inhalte erfordert neben einer Nutzungsvereinbarung eine Verbindung zum Internet, deren anfallende Kosten nicht im Verkaufspreis enthalten sind.
3. Mit der Anmeldung als Abonnent des Tagesspiegel Politikmonitorings entsteht ein Nutzungsvertrag mit dem Verlag Der Tagesspiegel GmbH (weiterhin „Verlag“ genannt).

§ 3. Anmeldung zum Abonnement vom Tagesspiegel Politikmonitoring

1. Das Abonnement des TPM erfolgt durch die Übersendung des ausgefüllten Bestellformulars via Email oder Fax. Weiterhin ist eine Auftragserteilung via Telefon möglich. Bei der Bestellung müssen wahrheitsgemäße Angaben gemacht werden.
2. Der Abonnementvertrag zwischen dem Verlag und dem Abonnenten kommt erst zustande, wenn der Verlag dem Abonnenten die Bestellung bestätigt.
3. Der Verlag ist berechtigt, Anmeldungen ohne Angabe von Gründen abzulehnen.
4. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind jederzeit einzusehen unter:
<http://monitoring.tagesspiegel.de/abonnement>

§ 4. Widerrufsrecht für Verbraucher

Der Verlag räumt Abonnenten, die Verbraucher sind, ein Widerrufsrecht nach Maßgabe der nachfolgenden Widerrufsbelehrung ein.

Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu einem Zwecke abschließt, der weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann (§ 13 BGB).

Widerrufsbelehrung

1. Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (Verlag Der Tagesspiegel GmbH, Askanischer Platz 3, 10963 Berlin, Telefon: (030) 290 21-11 424, Telefax: (030) 290 21-11 430, Email: politikmonitoring@tagesspiegel.de) mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder Email) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

2. Widerrufsfolgen

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

§ 5. Abonnementpreise für das Tagesspiegel Politikmonitoring

1. Es gilt die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ausgewiesene Preisliste. Abonnementgebühren sind im Voraus zu entrichten und sofort fällig. Der Abonnent hat die Wahl zwischen einem quartalsweisen oder einem jährlichen Abrechnungsturnus.
2. Die Nutzung des TPM ist nicht an den Erwerb eines anderen Abonnements des Verlags gebunden.
3. Preisstaffel, pro Themenfeld (Stand: Juni 2016):

Jahresabonnement (Standard):

bis 3 Nutzer	bis 10 Nutzer	bis 40 Nutzer	bis 80 Nutzer	bis 160 Nutzer
270 Euro/mtl.	450 Euro//mtl.	600 Euro/mtl.	710 Euro/mtl.	820 Euro/mtl.

Flex-Abonnement (6 Monate Mindestabonnementdauer, quartalweises Kündigungsrecht):

bis 3 Nutzer	bis 10 Nutzer	bis 40 Nutzer	bis 80 Nutzer	bis 160 Nutzer
335 Euro/mtl.	560 Euro/mtl.	740 Euro/mtl.	875 Euro/mtl.	950 Euro/mtl.

4. Alle Preise verstehen sich – soweit sie nicht ausdrücklich als Bruttopreise bezeichnet sind – jeweils zuzüglich der zum maßgeblichen Zeitpunkt geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.

§ 6. Zahlungen, Preiserhöhungen

1. Die Vergütung für das TPM ist im Voraus zu leisten. Rechnungen des Verlags sind sofort ab Zugang beim Abonnenten ohne Abzug zur Zahlung fällig.
2. Zur Bezahlung des TPM-Abonnements kann der Abonnent zwischen Lastschrift, SEPA-Lastschrift, Überweisung und Rechnung wählen.
3. Der Abonnent erklärt sich damit einverstanden, dass ihm Belege über die Entgelte in elektronischer Form an die von ihm genannte Email-Adresse gesendet werden können. Wünscht der Abonnent nach einer erfolgten Bereitstellung von Rechnungsbelegen in elektronischer Form deren Zusendung in Papierform, so kann der Verlag hierfür ein gesondertes Entgelt berechnen.
4. Sollte während der Vertragszeit eine Erhöhung des Abonnementpreises eintreten, so ist der vom Zeitpunkt der Erhöhung an gültige Bezugspreis zu entrichten. Der vorausbezahlte Abonnementpreis ist für den Zeitraum der Vorauszahlung garantiert und kann nicht erhöht werden. Bezugspreiserhöhungen werden dem Abonnent vor ihrer Wirksamkeit angekündigt.
5. Befindet sich der Abonnent mit der Zahlung in Verzug, behält sich der Verlag das Recht vor, ab der zweiten Zahlungsaufforderung eine angemessene Bearbeitungsgebühr zu erheben. Dasselbe gilt für Kosten, die dem Verlag im Falle von Rücklastschriften entstehen. Sofern die Einschaltung eines Inkasso-Unternehmens als erforderlich und zweckmäßig zur Schadensabwehr anzusehen ist, kann der Verlag anfallende Inkasso-Kosten als Schadensersatz gegenüber dem Abonnenten geltend machen.

§ 7. Nutzungsberechtigungen bezüglich des Tagesspiegel Politikmonitorings

1. Der Abonnent erhält die aktuelle Ausgabe des TPM als PDF-Datei per Email.
2. Das TPM ist nur zur eigenen Nutzung gestattet. Eine Weitergabe von Inhalten an Dritte und/oder Vervielfältigung, gleich in welcher Form und zu welchem Zweck, ist ausdrücklich untersagt. Ist der Abonnent eine juristische Person, so ist eine Weitergabe/Vervielfältigung an Mitarbeiter dieser juristischen Person auf Basis der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gültigen genannten Preisstaffel zulässig; diese gelten in ihrer vertragsentsprechenden Anzahl als „berechtigte Nutzer“.
3. Der Verlag behält sich vor, das Abonnement mit sofortiger Wirkung zu kündigen, wenn Inhalte des TPM an unberechtigte Dritte weitergegeben werden.

§ 8. Urheberrecht

1. Die Nutzung des TPM ist ausschließlich zu eigenen Zwecken zulässig. Die Nutzung umfasst die Weiterverarbeitung und auszugsweise Weitergabe der Monitoringinhalte innerhalb der engeren eigenen Organisation. Abänderungen dieser Vereinbarung können schriftlich erfolgen. Eine Weitergabe von Inhalten der TPM-Dienste an Dritte ist untersagt, unabhängig von Zweck und Art der Weitergabe.
2. Eine über § 5 hinausgehende Nutzung bzw. Verwertung des urheberrechtlich geschützten TPM, insbesondere durch Vervielfältigung, Verbreitung, Digitalisierung, Speicherung, gleich auf welchem Trägermedium und in welcher technischen Ausgestaltung, z.B. in Inter- oder Intranets, ist unzulässig. Die Regelung für juristische Personen in § 7 Ziffer 2 Satz 2 bleibt davon unberührt.
3. Der Verlag ist berechtigt, technische Maßnahmen zu treffen, durch die eine Nutzung über den zulässigen Umfang hinaus verhindert wird, insbesondere entsprechende Zugangssperren zu installieren. Weitere Rechte und Ansprüche des Verlags, insbesondere das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund sowie Ansprüche auf Schadensersatz bleiben unberührt.

§ 9. Gewährleistung und Haftung

1. Der Verlag hat das Nichterscheinen der digitalen Ausgabe aufgrund Leistungsstörungen im Internet, in Folge höherer Gewalt oder durch Störung des Arbeitsfriedens sowie im Falle einer Betriebsunterbrechung bzw. bei einem Systemausfall nicht zu vertreten. Vorübergehende Betriebsunterbrechungen aufgrund der üblichen Wartungszeiten, systemimmanenten Störungen des Internets bei fremden Providern oder bei fremden Netzbetreibern sowie im Falle höherer Gewalt sind möglich.
2. Der Verlag haftet für auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zurückzuführende Schäden. Dasselbe gilt für Schadensersatzansprüche, die aus der Übernahme einer Garantie resultieren. Der Verlag haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen, wenn schuldhaft eine wesentliche Vertragspflicht, die zur Zurverfügungstellung des TPM (Kardinalpflicht) gehört, verletzt wird. Der Schadensersatzanspruch ist im Falle der Verletzung einer Kardinalpflicht auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schaden begrenzt. Dieser Schadensersatzanspruch verjährt innerhalb von 12 Monaten nach Zurverfügungstellung des TPM.

3. Die Haftung wegen schuldhafter Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit bleibt unberührt; dies gilt auch für die zwingende Haftung nach Produkthaftungsgesetz.
4. Im Übrigen ist eine Haftung des Verlages auch für die Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen des Verlags ausgeschlossen.

§ 10. Kündigung

1. Nach Abschluss des Abonnements des TPM besteht ein 14-tägiges Widerrufsrecht für Verbraucher gemäß § 4 dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen.
2. Im Übrigen kann das Abonnement in der Option „Standard“ mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres gekündigt werden, in der Option „Flex“ mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Bezugsquartals. Bei abgeschlossenen Verpflichtungszeiträumen ist erstmalig nach Ablauf dieses Zeitraumes die Kündigung des Abonnements möglich. Im Anschluss verlängert sich die Laufzeit des Abonnements bei gleichbleibender Kündigungsfrist um 12 Monate.
3. Die Kündigung bedarf der Schriftform (postalisch, Fax oder Email). Der Verlag behält sich vor, bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, den Nutzungsvertrag ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Hierzu gehört insbesondere die vertragswidrige Weiterleitung von Inhalten des TPM an Dritte durch Abonnenten bzw. ihnen zugeordnete Nutzer. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt vorbehalten.

§ 11. Sonstiges

Der Verlag ist ferner berechtigt, den Abonnenten im Rahmen der Vertragsabwicklung auch in elektronischer Form zu seinem Abonnement zu informieren. Widerspruch hierzu kann jederzeit in Textform gerichtet werden an: politikmonitoring@tagesspiegel.de

§ 12. Gerichtsstand

1. Gerichtsstand für Rechtsstreitigkeiten, die aus der regelmäßigen Nutzung des TPM resultieren, ist Berlin, sofern es sich bei dem Abonnenten um einen Kaufmann oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder um ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen handelt. Gleiches gilt, wenn der Abonnent keinen allgemeinen Gerichtsstand in der Bundesrepublik Deutschland hat.
2. Nebenabreden zu dem Abonnementvertrag bzw. diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen bedürfen der Schriftform.